

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Die Krise ist nicht überwunden, das Schlimmste steht noch bevor. Wer Massenarbeitslosigkeit ignoriert, ist zynisch“,

...erklärt der IG-Metall-Vorsitzende **Berthold Huber**. Das richtet sich direkt an Guttenberg und Steinbrück die, wenn auch vorsichtig, frohlocken, dass die neuen Zahlen zu dem überraschenden Wirtschaftswachstum (*) „uns ermutigen sollten“; der stärkste „Einbruch der Wirtschaftsleistung dürfte hinter uns liegen“, so Guttenberg. „Es gibt mehr und mehr Indizien dafür, dass es langsam wieder aufwärts geht. Das stimmt mich optimistisch“, Steinbrück.

Müntefering wirft Merkel eben diesen Zynismus vor: „Frau Merkel ist die Zahl der Arbeitslosen egal.“ Der SPD-Spitzenkandidat Steinmeier verspricht in seinem Deutschland-Plan, 4 Millionen neue Arbeitsplätze bis 2020 zu schaffen.

Aber kein Wort von Müntefering oder Steinmeier zu den 500.000 ArbeitnehmerInnen, die nach der manipulierten offiziellen Regierungsstatistik in der ersten Hälfte dieses Jahres ihren Arbeitsplatz verloren haben. Kein Wort zu den 1.200 Wardan-Werftarbeitern, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Kein Wort zu den 2.000 Beschäftigten der Heidelberger Druck, die entlassen wurden und den 3.000, die vor der Entlassung stehen; zu den 10.000 Entlassungen in der gesamten Industrie.

Abgelehnt wurde von der SPD-Führung und ihren Ministern in der Großen Koalition der staatliche Schutz für die Verteidigung der Standorte und Arbeitsplätze bei Hertie, wodurch 2.600 neu in die Arbeitslosigkeit gestoßen wurden. Abgelehnt wurde die Rettung von Quelle – wo 3.700 Arbeitsplätze vernichtet werden, und die Rettung von Karstadt – wo weiteren 20.000 Beschäftigten die Arbeitslosigkeit droht.

Verweigert wurde die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel. Vielmehr sollen nach den bisherigen Plänen 10.000 ArbeitnehmerInnen auf jeden Fall entlassen werden, während alle davon ausgehen, dass nach den Bundestagswahlen noch

ganz andere Zahlen auf den Tisch kommen werden.

„Das Schlimmste steht noch bevor“!

Niemand spricht von den Krisenschlägen, die für die Zeit nach den Wahlen schon programmiert sind:

Auf der einen Seite wird eine zweite Entlassungswelle Deutschland überrollen. Schon warnen die Gewerkschaften, dass die Dämme brechen und eine große Zahl der 1,4 Millionen Kurzarbeiter auf die Straße geworfen werden.

Auf der anderen Seite verbuchen die Banken, genährt von den 100en-Milliarden Rettungspaketen der Großen Koalition zur Wiederankurbelung der Finanzsystems, d.h. der Spekulation, schon wieder Riesen-Spekulationsgewinne, die Deutsche Bank erzielte eine „Traumrendite“ von 25%. Die Abermilliarden-Staatsverschuldung aber wird den Massen präsentiert mit Kürzungen und Privatisierungen im Öffentlichen Dienst, bei den Krankenhäusern und Schulen, den Wohnungen und im Nahverkehr, mit Abbau bei den sozialen Sicherungssystemen, sowie der weiteren Aushöhlung der Tariflöhne.

Dazu schweigt Merkel, aber ebenso das Führungstrio der SPD, Müntefering, Steinmeier und Steinbrück, die statt dessen den ArbeitnehmerInnen etwas von 4 Millionen neuen Arbeitsplätzen vorgaukeln.

Diese Politik der SPD-Führung ist dafür verantwortlich, dass die ArbeitnehmerInnen, die SPD-WählerInnen und viele ihrer Mitglieder in der SPD nicht ihre Partei zum Schutz der Arbeitsplätze und vor der Krise sehen können. Diese Politik der SPD-Führung, sorgt dafür, dass sie in die Stimmverweigerung getrieben, dass auf die SPD nach den ganzen letzten Wahldesastern eine noch schlimmere Niederlage zukommen wird.

Sie liefert das Land einer Regierung aus, die in Form einer Großen Koalition oder sogar Schwarz-Gelb die auf der Tagesordnung stehende, noch zerstörerische Politik brutal vorantreiben wird. Und

dieselbe SPD-Führung bereitet sich schon jetzt darauf vor, den sozialdemokratischen Arbeitnehmer-WählerInnen die Schuld dafür zuzuweisen, dass Merkel wieder Kanzlerin wird und eventuell eine schwarz-gelbe Regierung möglich wird.

„Kurz vor den Bundestagswahlen müssen wir laut und deutlich (so schwierig das auch vielen GenossInnen und KollegInnen erscheinen kann) verkünden: „Nicht die Arbeiter und Wähler in diesem Land sind verantwortlich für die sich ankündigende Katastrophe, sondern die SPD-Führung.“

SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen, die die nationale Versammlung am 12. September in Köln unterstützen, sehen ihre Verantwortung heute und über den Wahltag hinaus darin, sich dafür zu sammeln und zu organisieren, dass die SPD von dieser Führung befreit wird, damit sie auf die „notwendige radikale Kurskorrektur“ verpflichtet wird, auf eine Politik zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und ihrer Arbeitsplätze gegen die Krise:

Eine Politik, die den 70.000 Metallern antwortet, die einem Aufruf der IG-Metall-Führung folgend (die „ein Moratorium in Sachen Entlassungen“ gefordert hat) am 5. 9. im Frankfurter Fußballstadion für ein wirkliches „Moratorium“ demonstrieren werden, d.h. für die Aufhebung aller Entlassungspläne und einen Stopp aller Entlassungen.

Die den Beschäftigten in den Krankenhäusern und im Öffentlichen Dienst, den SchülerInnen und LehrerInnen antwortet, indem sie für die Rückholung der Hunderte Milliarden für die Spekulanten eintritt zur Verteidigung und Stärkung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Sicherungssysteme.

CARLA BOULBOULLÉ

(*) Wachstum des BIP um 0,3% gegenüber dem schlimmsten Winterquartal; auf der Grundlage eines historischen Einbruchs von 6,0 % im Jahresvergleich.